

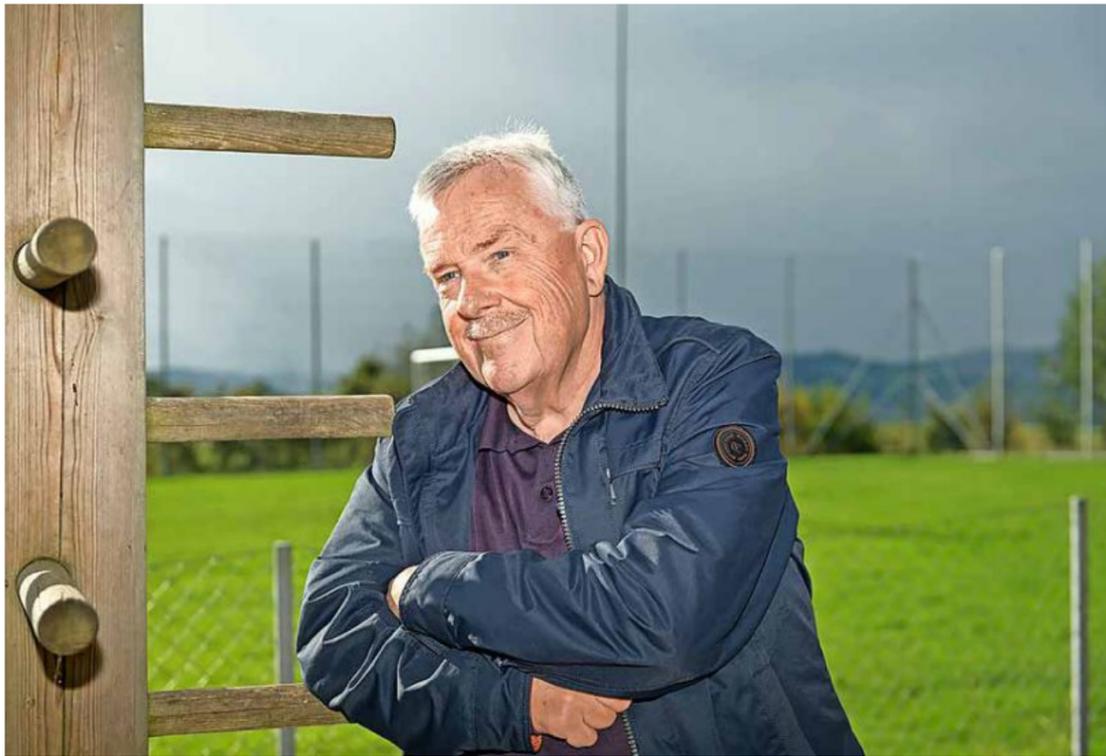
# Kleine Gemeinden und grosse Herausforderungen

**SCHONGAU** Am Mittwoch, 4. Dezember steht die Gemeindeversammlung an, noch vorher informiert die Gemeinde über das Budget für das kommende Jahr. Das Budget sieht für das Jahr 2025 ein Defizit von 375 000 Franken und Bruttoinvestitionen von 327 000 Franken vor. Der Steuerfuss bleibt bei 2.1 Einheiten.

von **Werner Rolli**

Die Umfrage, die Schongau im Juni durchführte, sollte zuletzt auf die finanzielle Situation der Gemeinde aufmerksam machen. Schongau, sagt Gemeindepräsident Ivo Gerig, ist eine Ausgleichsgemeinde und als solche angewiesen auf die Gelder des Kantons. Der innerkantonale Finanzausgleich dient dazu, die finanziell schwächeren Gemeinden zu unterstützen, damit alle Kommunen im Kanton für ihre Einwohnerinnen und Einwohner über ein ähnliches Leistungsangebot zu vertretbaren Steuern verfügen. Gemäss Prognosen wird Schongau gewisse kantonale Vorgaben zu Kennzahlen, insbesondere bei der Selbstfinanzierung, nicht einhalten können. Es bleibe deshalb wichtig, die Ausgaben kritisch zu hinterfragen und bewusste Entscheidungen zu treffen, ist auch in der Botschaft zur Gemeindeversammlung festgehalten.

Konkret kann Schongau nur sehr limitiert wachsen, die Einwohnerzahl bewegt sich seit längerer Zeit um die 1070 Personen. Über ein potenzielles Bevölkerungswachstum kann die Gemeinde somit auch kaum zusätzliche Einnahmen generieren. Grosse Überschüsse sind nicht zu erwarten, im Gegenteil; für das Jahr 2025 sieht das Budget der Gemeinde Schongau ein Defizit von 375 000 Franken und Bruttoinvestitionen von 327 000 Franken vor. Für die Gemeinde, so Ivo Gerig, wird es zunehmend schwieriger werden, anstehen-



Für die Gemeinde, so Ivo Gerig, wird es zunehmend schwieriger werden, Investitionen zu finanzieren. Foto Werner Rolli

de Investitionen zu finanzieren. Zwar könne die Gemeinde noch Kredit aufnehmen, doch Schulden, mahnt der Gemeindepräsident, müssen irgendwann auch zurückbezahlt werden. «Deshalb geben wir nur da Geld aus, wo es wirklich notwendig ist.» Die Investitionen werden also auch in Zukunft eher restriktiv gehandhabt werden.

## Strassen und Schule

Doch welche Investitionen kommen denn auf die Gemeinde zu? «Gemeindestrassen», sagt Ivo Gerig, «das Strassennetz der Gemeinde ist sehr gross. Da muss irgendwann eine Entscheidung fallen; wann wir eine Strasse sanieren sollen. Da gilt es den richtigen Moment zu erwischen, sprich einen Schaden zu reparieren, bevor dessen Behebung

zu teuer wird, aber nicht voreilig handeln, denn solange die Strassen sicher befahrbar sind, sollten wir sie nicht erneuern». Das sei für die Gemeinde eine Gratwanderung, sagt Gerig. Auch die Schulinfrastruktur müsste vor allem in energietechnischer Hinsicht über kurz oder lang renoviert werden. Deshalb ist im Budget ein Betrag vorgesehen, der eine Erhebung der zu erwartenden Arbeiten und den damit verbundenen Kosten ermöglicht. Denn nur eine genaue Analyse der Situation werde es ermöglichen, abzuschätzen, wann welche Aufwände auf die Gemeinde zukommen. «Aktuell ist die Heizung im Schulhaus sanierungsbedürftig», sagt Ivo Gerig: «Um eine zukunftsgerichtete Lösung zu realisieren, müssen die Gebäude modernisiert und der Ener-

gieverbrauch reduziert werden. Fachleute sollen uns hier helfen, eine optimale Lösung zu finden, die finanziell für Schongau tragbar ist, aber auch der zeitlichen Dringlichkeit des Heizungsersatzes Rechnung trägt. Ein individueller Investitions- und Sanierungsfahrplan ist wichtig für eine fundierte Entscheidung», erläutert Gerig.

## Stichwort Gemeindefusion

Auf die Frage, ob die Fusion mit einer anderen Gemeinde, etwa Hitzkirch oder Aesch, die finanzielle Lage der Gemeinde Schongau verbessern würde, meint Ivo Gerig: «Ich war vor vielen Jahren schon ein Befürworter von Fusionen, etwa bei der Grossfusion von Hitzkirch. Selbstverständlich wären wir mit einer Fusion finanziell breiter

abgestützt und punkto Zonenplanung ergäben sich ganz neue Möglichkeiten. Nicht zu vergessen, dass wir auch in kleinen Gemeinden all die Kommissionen brauchen, die grosse Gemeinden haben, sei es eine Bildungskommission, Rechnungskommission, Urnenbüro und mehr.» Konkret sei der Aufwand einer kleinen Gemeinde nicht weniger als jener einer Grossgemeinde. All dies hätte im Falle einer Fusion Potenzial für Synergien, sagt Ivo Gerig: «Nicht zuletzt wäre der Aufwand beim Kanton kleiner, wenn sich mehrere Gemeinden zusammenschließen. Deshalb fördert der Kanton auch Gemeindefusionen.»

Eine andere Frage sei allerdings, ob eine solche Fusion überhaupt realistisch wäre: «Die Bevölkerung hat sich im Jahr 2006 dagegen ausgesprochen. In der jüngsten Umfrage scheint sich dieser Widerstand zu relativieren, es beginnt vielleicht gerade ein Umdenken.» Ob damit eine allfällige Abstimmung zu gewinnen wäre, kann Ivo Gerig aber nicht abschätzen. Und die entscheidende Frage laute, ob die anderen Gemeinden für eine Fusion bereit wären: «Nehmen wir als Beispiel den Steuerfuss, der in Aesch 1.8, in Schongau hingegen bei 2.1 Einheiten liegt. Da frage ich mich, ob die Stimmbewölkerung einer Fusion zustimmen würde, wenn bereits feststeht, dass dadurch die Steuerbelastung steigen könnte.»

Gemäss Ivo Gerig müsste eine Gemeinde idealerweise zwischen 5000 und 10000 Einwohner aufweisen, um nachhaltig eigenständig wirtschaften zu können: «Da wäre selbst eine Fusion mit Aesch wohl nur ein Zwischenschritt.» Grundsätzlich würde sich Ivo Gerig aber eine Stärkung des Hitzkirchertales wünschen. Das müsse nicht zwingend in einer Fusion münden, eine gute Zusammenarbeit über die Gemeindegrenzen hinaus könnte seiner Ansicht nach schon viel bewirken.

Die Gemeindeversammlung findet statt am Mittwoch, 4. Dezember, die Informationsveranstaltung am Donnerstag, 21. November. Die detaillierten Unterlagen können seit einigen Tagen von der Website der Gemeinde heruntergeladen werden.

## Wohin steuert das Gesundheitswesen?

**GELFINGEN** Das Netzwerk Politik der Idee Seetal hat das Behördenforum einem Thema gewidmet, welches alle angeht und aktueller nicht sein könnte: die Herausforderungen in der Gesundheitsversorgung in der Schweiz und damit auch im Kanton Luzern. Dies, weil am 24. November auch über eine Änderung des Krankenversicherungsgesetzes abgestimmt wird.

von **Kathrin Aerni**

Alle Jahre das gleiche Ritual. Stets im Herbst kommt die Ankündigung, dass die Krankenkassenprämien erneut steigen. Diesmal sind es im Schnitt rund sechs Prozent, welche die Beiträge auf nächstes Jahr teurer werden. Kein Wunder, gehören die stetig steigenden Krankenkassenprämien zu den grössten Sorgen von Herrn und Frau Schweizer. Besonders Familien mit kleineren und mittleren Einkommen ächzen unter der Prämienlast.

Doch die steigenden Gesundheitskosten sind nur eine der vielen Herausforderungen in unserem komplexen Gesundheitssystem. Die Menschen werden immer älter, gleichzeitig nimmt das Bevölkerungswachstum zu. So erstaunt es nicht, dass die Nachfrage nach Dienstleistungen im Gesundheitswesen steigt. Es benötigt Fachkräfte, doch diese sind Mangelware. Die künftigen Herausforderungen sind – in technischer, finanzieller und organisatorischer Hinsicht – so vielfältig und anspruchsvoll,

dass die Politik gefordert ist. Deshalb widmete sich das diesjährige Behördenforum im Schlosskeller in Gelfingen kürzlich dem Thema «Herausforderungen im Schweizerischen Gesundheitswesen». Mit dabei waren: Mitte-Regierungsrätin Michaela Tschuor; Beatrice Wespi, Geschäftsführerin der Spitex Hochdorf und Umgebung; Matthias Wächter, Hochschule Luzern (Management und Politik im Gesundheitswesen). Den Abend moderierte Jonas Roth, Netzwerkleiter Politik der Idee Seetal.

Der Moderator eröffnete den Abend mit zwei Zitaten in Bezug auf die Gesundheitsversorgung in der Schweiz: «Das schweizerische Gesundheitssystem ist eines der besten in der OECD» (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, welcher fast 40 der reichsten Länder der Welt angehören, Anm. der Redaktion). Doch dieser hohe Standard habe seinen Preis. Weiter zitierte der Gesprächsleiter den Präsidenten der Schweizerischen Akademie der medizinischen Wissenschaften, Daniel Scheidegger, der in der Ärztezeitung sagte: «Wenn wir so weitermachen, fahren wir das System an die Wand.»

## «Lösungen gefragt»

Diese beiden Zitate zeigten auf, dass das Gesundheitssystem dringend eine Reform benötigt. Matthias Wächter von der Hochschule Luzern lieferte dazu einige statistische Daten, die das untermauern. So etwa, dass die Kosten im Schweizer Gesundheitswesen im Jahr 2022 insgesamt rund 91,5 Milliarden Franken betragen, was etwa 11,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Schweiz entspricht. Das heisst



Regierungsrätin Michaela Tschuor unterstützt die Änderung des Krankenversicherungsgesetzes. Foto Kathrin Aerni

aber auch, dass sich die Gesundheitsausgaben in Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung seit 1970 mehr als verdoppelt haben – von fünf auf rund zwölf Prozent. Dabei seien die Prämien pro Kopf deutlich stärker gestiegen als die Einkommens- und Wirtschaftsentwicklung.

Es könnten aber in vielen Bereichen der Medizin dank dem technologischen Wandel und der Digitalisierung Einsparungen gemacht werden, gab Wächter zu bedenken. «Hier sind Lösungen gefragt, weil eine Prämienverbilligung

allein nicht genügt». Sodann kam der Experte auf die wichtige Rolle der Spitex zu sprechen, die in der heutigen Gesundheitsversorgung nicht mehr wegzudenken sei. Tatsächlich sind die ambulanten Dienstleistungen der Spitex gefragter denn je.

Nicht zuletzt, weil die Menschen möglichst lange zu Hause leben wollen. Das bestätigte auch die Geschäftsführerin Beatrice Wespi von der Spitex Hochdorf und Umgebung. Die Nachfrage nach den Dienstleistungen der Spitex nehmen nicht nur gesamtschweizerisch kontinuierlich zu, sondern auch im Luzerner Seetal. Wespi sagte auch, dass sich die Spitex-Fälle mit Multimorbidität und psychische Erkrankungen erhöhen. Und dass sie ihr Angebot laufend der Klientel anpassen müssten. So starteten sie mit dem Pilotprojekt «Palliativ plus» im Langzeitpflegebereich.

## Einheitliche, digitale Steuerung des Patientendossiers

Mitte-Regierungsrätin Michaela Tschuor, Vorsteherin des Gesundheits- und Sozialdepartements, sprach über die aktuellen und künftigen Herausforderungen der Gesundheitsversorgung im Kanton Luzern. Dabei nannte sie die drei wichtigsten Ziele ihrer Planung: die integrierte Versorgung, Sicherung der Grundversorgung und die Eigenverantwortung jedes Einzelnen.

Man könne diese Ziele mit acht Massnahmen erreichen, beispielsweise mit regionalen Gesundheitsnetzwerken, Gesundheitskompetenz, Prävention und Digitalisierung, so die Regierungsrätin. «Neu soll es Versorgungsteams geben, die speziell auf Patientennutzen hin ausgerichtet sind.» So könne man

unnötige Behandlungen reduzieren und die knappen Ressourcen effektiv nutzen.

Dann pickte Michaela Tschuor mit der «Digitalisierung» eine von acht Massnahmen heraus. Und zwar eine mit besonders grossem Potenzial, um die Gesundheitsversorgung zu optimieren und weiterzuentwickeln. Der bisherige dezentrale Weg habe sich nicht bewährt, sagte Tschuor. Deshalb würden Regierungsrat und die Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektionen eine zentrale, einheitliche Steuerung der Patientendossiers fordern. «Die Digitalisierung ist unvermeidlich, weil sie effizienter und einfacher ist.» Die Vorteile lägen auf der Hand – wie beispielsweise eine massive Kostensenkung und eine bessere Behandlungsqualität. «Die steigenden Gesundheitskosten belasten die Schweizerinnen und Schweizer», sagte die Regierungsrätin. Die demografische Entwicklung, wachsender Wohlstand, aber auch der technisch-medizinische Fortschritt würden ihren Tribut fordern, so Tschuor. Denn er ermögliche mehr Diagnosen und dadurch zusätzliche Behandlungsverfahren.

Schliesslich kam Michaela Tschuor auf die Volksabstimmung vom 24. November zu sprechen, wo es auch um Gesundheitskosten geht. Die Regierungsrätin erklärte, warum sie für die Reform des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) ist, die eine Vereinheitlichung der Finanzierung von ambulanten und stationären Behandlungen vorsieht: «Die Reform fördert eine optimale Behandlung und senkt die Gesundheitskosten.» Zudem erhalte man mit der Reform die Chance, Fehlanreize im Tarifsystem auszumerken – und neue, bessere Anreize zu setzen.